



Bundestags- brief

Nr.256 • Die Woche im Bundestag • 15.11.2019



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Museum der Moderne wird gebaut

Am gestrigen Donnerstag hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die veranschlagten Mittel in Höhe von 364,2 Millionen Euro für das Museum der Moderne am Kulturforum bewilligt.

Dem Bau des Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts steht damit nichts mehr im Wege. In dem Neubau sollen künftig die Sammlungen zur Kunst des 20. Jahrhunderts der Nationalgalerie zu sehen sein. Sie gehören zu den bedeutendsten weltweit, für viele gibt es in der Nationalgalerie aber bisher nicht genug Ausstellungsplatz.

Dieses Museum wird sowohl mit seiner Kunst als auch seiner hochkarätigen Architektur weit in die Welt hinausstrahlen. Die Brüche des 20. Jahrhundert haben Kunstwerke hervorgebracht, die ihresgleichen suchen. Deshalb ist es wichtig, dass neben den Alten Meistern wie Rembrandt und Dürer auch die deutsche und internationale Kunst dieses wechsellvollen Jahrhunderts in der Hauptstadt besser zur Geltung kommt – von Joseph Beuys bis Gerhard Richter, von Pablo Picasso bis Andy Warhol.

Mit diesem Projekt erhält mit dem Berliner Kulturforum auch eines der städtebaulich schwierigsten Areale der Hauptstadt eine neue Chance, die sich so schnell nicht wieder ergeben hätte. Der Neubau wird die städtebauliche Situation zwischen den Solitären Mies van der Rohes und Scharouns und der St. Matthäus-Kirche maßgeblich verbessern - ein Gewinn für die Hauptstadt.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag für die Unterstützung des Vorhabens und für das Vertrauen, das aus diesem Beschluss spricht. Die nun bewilligte Bausumme von 364,2 Millionen Euro ist allerdings auch für mich eine echte Schmerzgrenze.

Deshalb habe ich gemeinsam mit den Abgeordneten ein strenges Kostenmanagement verabredet, das Bauherren, Planer und Architekten verpflichtet, im 6-Monats-Rhythmus dem Bundestag über den Mittelabfluss und die Kostenentwicklung zu berichten. Damit bekennen wir uns ausdrücklich zu kostenbewusstem Bauen und einer strengen Haushaltsdisziplin. Ich hoffe, dies ist auch ein vertrauensbildendes Signal.

Wichtige Beschlüsse im Koalitionsausschuss

Im Koalitionsausschuss haben wir ein Bündel an Maßnahmen beschlossen, das zum einen den Menschen mit geringem Einkommen und geringer Rente nutzen wird, zum anderen aber auch Zukunftstechnologien in den Bereichen Digitalisierung und Klimatechnologie einen Schub geben soll.

Es gibt Menschen in Deutschland, die jetzt oder in Zukunft nur eine Grundsicherung im Alter zu erwarten haben. Wer aber selbst lange Jahre berufstätig war, wer Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen hat, soll es besser haben als diejenigen, die wenig oder nichts getan haben. Mit der nun vereinbarten umfassenden Einkommensprüfung bei der Grundrente haben wir eine Hilfe „mit der Gießkanne“ vermeiden können. Wir helfen Menschen, deren gesamtes Einkommen unter 1.250 oder als Paar unter 1.950 Euro liegt. Eine Prüfung wird helfen, den Kreis der Anspruchsberechtigten auf diejenigen zu beschränken, die es tatsächlich benötigen.

Erfreulich ist, dass wir daneben eine gute Regelung für die Frage der Krankenkassenbeiträge für Bezieher von Betriebsrenten gefunden haben („Doppelverbeitragung“). Mit der Einführung eines dynamisierten Freibetrags zahlen rund 60 % der Betriebsrentner nun maximal den halben Beitragssatz, die weiteren 40 % werden spürbar entlastet.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zudem entlastet, indem wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 2,4 Prozent befristet bis Ende 2022 senken.

Neben der Anhebung des Fördersatzes zur betrieblichen Altersversorgung konnten wir schließlich erreichen, dass ein Beteiligungsfonds bei der KfW eingerichtet wird.

Dieser soll auf bis zu 10 Milliarden Euro anwachsen und die unternehmerische Finanzierung von Zukunftstechnologien in den Bereichen Digitalisierung und Klimatechnologie verbessern.

Wir haben bewiesen, dass die von uns getragene Regierung handlungsfähig ist. Klar ist aber auch: Regieren in einer Koalition heißt, Kompromisse finden können und sie dann gemeinsam zu vertreten.

Solidaritätszuschlag wird abgebaut

Wir haben in dieser Woche den Abbau des Solidaritätszuschlages ab 2021 verabschiedet. Durch die vorgesehene Regelung werden rund 90 Prozent der Soli-Zahler vollständig entlastet.

Darüber hinaus werden weitere 6,5 Prozent der Steuerzahler weniger Soli zahlen müssen. Dieser Abbau stellt mit einem Volumen von rund 12 Milliarden Euro pro Jahr die größte Entlastung für die arbeitende Mitte der letzten Jahre dar.

Zudem halten wir Wort: 30 Jahre nach dem Mauerfall wird der absolut überwiegende Teil der Steuerzahler nicht mehr mit dem Solidaritätszuschlag belastet.

Wer heute nach Weimar, Dresden, Potsdam, Quedlinburg oder an die Ostseeküste fährt, sieht: Wir haben viel erreicht. Der Wiederaufbau nach der Deutschen Einheit wäre ohne den Solidaritätsbeitrag in dieser Form mit Sicherheit nicht möglich gewesen.

Klar ist aber auch, dass CDU und CSU sich zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages bekannt haben. Deshalb werden wir weiter dafür eintreten, auch den zunächst verbleibenden Rest des Solidaritätszuschlags zügig abzubauen.

Bundestag diskutiert Ausbau des Programms „Jugend erinnert“

Das Programm "Jugend erinnert", das sich der Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen der Diktatur und Gewaltherrschaft widmen soll, ist mir als Staatsministerin für Kultur und Medien eines der wichtigsten Anliegen in dieser Legislaturperiode.

Im Rahmen des Programms sollen unter anderem die pädagogische Arbeit in den Gedenkstätten ausgebaut werden und Austausch, Begegnung sowie Gedenkstättenfahrten gefördert werden.

In einem mehrjährigen, breit angelegten Ansatz soll dieses Programm sowohl die nationalsozialistische Terrorherrschaft als auch die SED-Diktatur aufgreifen.

Schwerpunkte sollen in der inhaltlichen Begleitung mehrtägiger Gedenkstättenbesuche liegen, etwa durch Workshops, über eine Intensivierung von Zeitzeugenarbeit und der Stärkung der Jugendbegegnungen im In- und Ausland.

Ich freue mich sehr über die konstruktive Begleitung dieses Projekts durch den Deutschen Bundestag und bin mir sicher, dass „Jugend erinnert“ einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und Demokratieförderung in unserem Land leisten kann.

Rückendeckung für Restitution von NS-Raubkunst

Die sogenannten Washingtoner Prinzipien zur Restitution von NS-Raubkunst werden in diesem Jahr 20 Jahre alt. Ich freue mich sehr, dass der Deutsche Bundestag sich aus diesem Anlass dazu bekannt hat, den Kunstraub der Nationalsozialisten und dessen Folgen weiter und besser erforschen, um zu gerechten und fairen Lösungen insbesondere mit Blick auf einzelne Werke zu kommen. Dazu sollen die bereits erheblichen Leistungen der vergangenen 20 Jahre ergänzt und die Maßnahmen in diesem Bereich weiter verbessert und ausgeweitet werden. Die Arbeit der zuständigen beratenden Kommission soll nachhaltig gestärkt und transparenter sowie unabhängiger gestaltet werden.